



Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie

67. Sitzung (öffentlich)

29. Oktober 2009

Düsseldorf – Haus des Landtags

13:30 Uhr bis 14:55 Uhr

Vorsitz: Dr. Stefan Berger (CDU) (stellv.)
Ewald Groth (GRÜNE)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

1 Hochschulzugang öffnen – Mehr Chancen für Studierende ohne Abitur

3

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/8705

Ausschussprotokoll 14/940

Der **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie lehnt** den Antrag der SPD-Fraktion **Drucksache 14/8705** mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion gegen die Stimmen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **ab**.

- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)** **6**
- Drucksache 14/9700
- Erläuterungsband zum Einzelplan 06
Vorlage 14/2787
- Der Ausschuss diskutiert mit Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart über verschiedene Fragestellungen.
- 3 Änderung des Gesetzes über die Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen (Hochschulgesetz – HG)** **18**
- Gesetzentwurf
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/9908
- Der Ausschuss beschließt, am 14. Januar 2009, 15:00 Uhr, eine Anhörung zu diesem Gesetzentwurf durchzuführen.
- 4 Information über Probleme bei der Eingruppierung von Bachelor-Absolventen in den Tarifvertrag des Öffentlichen Dienstes** **19**
- An den Bericht von Ministerialdirigent Werner Brommund (Finanzministerium) schließt sich eine Aussprache an.
- 5 Verschiedenes** **21**
- Siehe Diskussionsteil.

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2010 (Haushaltsgesetz 2010)

Drucksache 14/9700

Erläuterungsband zum Einzelplan 06
Vorlage 14/2787

Stellv. Vorsitzender Dr. Stefan Berger merkt an, nach der Einbringung des Haushalts in den Ausschuss hätten die Fraktionen Fragen an die Landesregierung gestellt. Die Antworten seien mit Vorlage 14/2924 an alle Abgeordneten verteilt worden.

Heike Gebhard (SPD) bedankt sich für die Beantwortung der Fragen. Da die Vorlage erst gerade verteilt worden sei, habe noch keine genaue Durchsicht seitens des Arbeitskreises erfolgen können. Manches sei schwierig zu lesen, etwa die Tabellen oder die Frage, wie nahe man dem 3-%-Forschungsanteil kommen wolle, wenn man die drei Kategorien sehe. Die Ziffern könne man nicht einmal am Rechner unterscheiden. Wenn man die oberste und die unterste Zahl rechnen könne, könne man die Mitte ausrechnen.

Die Diskussion bezüglich der Detailfragen sollte man auf die nächste Sitzung des Ausschusses vertagen und dies mit der Antragsberatung kombinieren. Der Minister habe in seiner Einbringungsrede den Aufwuchs im Bereich der Innovation dargestellt. Anhand der Zahlen könne man das sehen. Mit Blick auf die Umsetzung mache sie aber viele Fragezeichen dahinter. Sie stelle fest, dass man mit der Verteilung der Mittel im Innovationsfonds, im TIP und im Kapitel Hochschulen Allgemein überhaupt nicht nachkomme. Wenn zum Stichtag 30.09. auch die EU-Mittel nicht einmal zu 50 % haushaltswirksam geworden seien und auch bei den Hochschulen Allgemein von den 27 Millionen € 10 Millionen € noch nicht vergeben seien, dann werde es schwierig, wenn die Bewilligung im November komme, für die Hochschulen oder für die Forschenden, die Mittel im Haushaltsjahr zu verausgaben. Das sei auch eine Strategie der Einsparung. Es werde nach außen so getan, als wenn man in dem Bereich etwas bewege. Es werde aber nichts umgesetzt. Das Ziel, 3 % bei der Forschung zu erreichen, werde von allen vertreten. Die Umsetzung sei kontraproduktiv. Bisher sei keine Verbesserung zu beobachten. Nach wie vor liege man bei 1,8 % statt bei 3 %. Dies sei gleich geblieben bei marginalen Veränderungen zugunsten der Beteiligung der Wirtschaft.

Zur Frage der Entwicklung der Studentenzahlen: Ziel sei es, zu mehr erfolgreich Studierenden zu kommen. Ein Stipendienprogramm sei versprochen worden. Es sollte angesichts der Studiengebühren zu einem Stipendienprogramm kommen. Es gehe um 2.600 mögliche Stipendien. Dem stünden 478.000 Studierende gegenüber. Das zeige, dass das ein Tropfen auf den heißen Stein sei. Wenn man dann schaue, wie viele Stipendien vergeben worden seien, falle auf, dass das noch einmal sehr viel weniger seien. Das werde fast zur Lachnummer.

Es werde darauf verwiesen, dass man in Berlin dabei sei, bundesweit ein Stipendienprogramm aufzulegen. Dies werde als große Neuerung propagiert. Immer wenn

das Bundesausbildungsförderungsgesetz Anpassungen erfahren habe – in den letzten drei Legislaturperioden, in denen die SPD in Berlin mit in Regierungsverantwortung gestanden habe, habe man zweimal eine entsprechende Initiative auf den Weg gebracht –, seien die Studierendenzahlen hochgegangen. Das sei ein Instrument, das sofort wirke. Bis die Stipendien auf dem Weg seien, dauere viel zu lange. Das erreiche viel zu wenig von denjenigen, die es bitter nötig hätten. Auch handele es sich ausschließlich um Begabtenstipendien.

(Zuruf von Ralf Witzel [FDP])

– Es studierten nur Begabte, sonst hätten sie die Qualifikation nicht erreicht. Die Startchancen, die man mitbringe, seien unterschiedlich. Das würde auch für die Universitäten gelten. Es mache einen Unterschied, ob man das Equipment zu Hause immer gehabt habe, ob man immer Zugang auch zu teurer Literatur und entsprechenden Materialien gehabt habe oder ob man sich alles mühselig aneignen müsse. Es mache auch einen Unterschied, ob man parallel zum Studium seinen Lebensunterhalt verdienen müsse und man nicht so intensiv studieren könne wie andere, die sich ausschließlich um das Studium kümmern könnten. Sie rege an, einmal nachzuschauen, wie viele Menschen in Deutschland bisher Stipendien bekommen hätten. Wenn die Stiftungen keine soziale Kriterien zugrunde legen würden und nur nach Zensuren gingen, führe das automatisch dazu, dass diejenigen, die von zu Hause aus bessergestellt seien, diejenigen auch seien, die angeblich begabter seien. Das lasse sich garantiert nicht beweisen.

Die Begabtenreserve, die man in der Bevölkerung darüber hinaus habe, bleibe damit brach liegen. Darüber gebe es viele Untersuchungen. Das sei ein verhängnisvoller Weg bei dem Ziel, zu mehr guten Absolventinnen und Absolventen an den Hochschulen zu kommen.

Sie komme zu den Studentenwerken. Sie habe bei der Beantwortung den Fragen den lapidaren Satz gefunden: Durch die höhere Zahl an Studierenden hätten die Studentenwerke mehr Einnahmen, also bräuchten sie kein Geld mehr. Danach würden die Studierenden offenbar die Studentenwerke selbst bezahlen. Dem sei aber nicht so. Gerade bei dem Ausbau der vorhandenen Fachhochschulen bräuchten die Studentenwerke dringend eine bessere Unterstützung. Das werde ihnen versagt. Den Studentenwerken seien mehr Aufgaben aufgebürdet worden. Konnexität sei geboten. Man müsse die notwendigen Mittel zur Verfügung stellen.

Sie könne nicht viel Innovatives an diesem Haushalt erkennen. Das bedauere sie außerordentlich. Die Fragen zur DFG seien beantwortet worden. Es sei zu begrüßen, wenn vom Bund mehr Geld komme. Dann müsse sich das Land entsprechend beteiligen. Der Aufwuchs, der stattfinde, sei nachvollziehbar. Sie nehme an, dass die Gelder entsprechend genutzt würden.

Wenn sie sich die Liste der Hochschulen und die Mittelabflüsse ansehe, könne sie nicht feststellen, dass es den Hochschulen zukünftig besser gehen werde. Die Verbesserungen erreiche man durch die Einnahme der Studiengebühren, nicht durch das, was das Land ihnen zukommen lasse. Man wisse, wie die Energiepreise in den letzten Jahren gestiegen seien. Das gleiche die Kostensteigerung nicht aus. Es sei

nicht verwunderlich, wenn die Hochschulen nicht bestätigen würden, dass es ihnen besser gehe. Sie stelle fest, dass die Hochschulen darüber klagten, dass das Personal nicht ausreiche, um bei leistungsorientierter Mittelvergabe dafür zu sorgen, dass Studierende möglichst schnell erfolgreich studieren könnten. Das könnten sie nicht gewährleisten, weil das Betreuungsverhältnis zu schlecht sei. Man müsse schon eine spezielle Brille aufsetzen, um zu behaupten, in diesen viereinhalb Jahren wäre man an den Hochschulen gut vorangekommen. Die Belastungen des Einzelnen, der sich im System Hochschule befinde, sei enorm gestiegen.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) betont, in keiner der vorangegangenen Legislaturperioden habe es so viele positive Veränderungen im Bereich der Wissenschafts- und Hochschulpolitik des Landes Nordrhein-Westfalen gegeben, wie das seit 2005 der Fall sei. Da habe man einen Dissens, der dem politischen Wechselspiel geschuldet sei.

In der vergangenen Wahlperiode sei angemahnt worden, dass die Wirtschaft einen großen Anteil erbringen solle. Das habe die Ministerin damals gefordert, ohne die richtigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen vorzugeben. Das habe man jetzt gemacht. Die Wirtschaft werde die Rahmenbedingungen nutzen.

Bezüglich der Zahl der Studierenden werde oft gestritten. Es gebe keine Korrelation zwischen dem Thema Studienbeitragserhebung und Studierendenzahl-Veränderung – Stichwort Fernuniversität Hagen. Es sei wichtig, dass die Studierenden gute Studienbedingungen vorfinden. Für die richtige Finanzierungsgrundlage habe Schwarz-Gelb gesorgt. Auch das werde sich insbesondere mit Blick auf die demografische Entwicklung positiv auswirken. Die Fachhochschuloffensive sei Leistung der Koalition und der Landesregierung.

Bezüglich der Stipendienprogramme werde geklagt, dass zu wenig Leute betroffen seien. Das komme ihm so vor, als würde man Anfang Mai im Garten stehen und habe eine Sonnenblume vor sich stehen: Wie schrecklich, diese Pflanze taue ja gar nichts. Man starte und freue sich ausdrücklich, dass Minister Pinkwart in diesem Jahr gestartet sei und Leute im vierstelligen Bereich schon mit einem Stipendium beglücken können. Er freue sich ausdrücklich darüber, dass der Beitrag von privater Seite oder Wirtschaftsseite komme, Kräfte freisetze. Diese Politik werde von ihm unterstützt. Die Anzahl der Stipendien wachse mindestens so schnell wie eine Sonnenblume im warmen Sonnenstrahl. Das Stipendienprogramm des Berliner Koalitionsvertrages trage die Handschrift Nordrhein-Westfalens. Das könne man auch in seiner Pressemitteilung nachlesen. Das sei der richtige Weg. Er würde sich freuen, wenn auch SPD-regierte Bundesländer diesen Bundesratsinitiativen zustimmen würden.

Beim Thema Studentenwerke gebe er Frau Gebhard Recht, dass man nicht bei einer erhöhten Zahl der Studierenden auf eine gute Einnahmesituation schließen könne. Das Thema neue Fachhochschulen sei für das Jahr 2010 noch nicht relevant. Das werde erst 2011 relevant werden. Er verweise auf seine Rede im Plenum - vgl. PIPr 14/129 v. 09.09.09, S. 15017 f. Er habe im Gespräch mit der Arge der Studentenwerke darum gebeten, dass man die Forderungen quantitativ unterlege. Man sei Gesprächsbereit, allerdings müssten die haushalterischen Ziele erfüllt werden. Man ha-

be eine schmerzhafteste Kürzung anfangs der Legislaturperiode vornehmen müssen. Fest stehe, dass es kaum einen Bereich wie den Einzelplan 06 gebe, in dem sich so viele positive Entwicklungen niederschlagen würden. Das werde ausdrücklich begrüßt. Er rege an, verschiedene Institutionen gemeinsam zu befragen – neben den Expertengesprächen.

Was die finanziellen Mittel für die Lehrerausbildungszentren betreffe, so werde nach investiv und konsumtiv unterschieden. Er frage, ob die Aussage gleichsam für den investiven als auch konsumtiven Bereich gelte.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) unterstreicht, es sei nicht akzeptabel, dass ein deutliches Ungleichgewicht zwischen Lehre und Forschung zu erkennen sei. Die Mittel für die Hochschulen würden um 161,1 Millionen € steigen, also um 4,1 %. Ohne die Mittel für die neuen Hochschulen wären das aber nur 102,6 Millionen €, also gerade einmal 2,6 %. Die Mittel für die Forschung – Innovationsförderung – stiegen wesentlich stärker, und zwar um 5,6 %. Das sei ein deutliches Ungleichgewicht.

Wenn man sich die anderen Fördermittel anschauere, so würden die Mittel für die Studentenwerke oder sonstige Institutionen lediglich überrollt, obgleich die Anforderungen mit Blick auf den Hochschulpakt oder die steigenden Studierendenzahlen drastisch steigen würden. Inzwischen gebe es die ersten FH-Standorte. Sie frage, aus welchen Mitteln der Aufbau einer Studentenwerksinfrastruktur für die neu gegründeten Fachhochschulen finanziert werden solle. Frau Gebhard habe das angesprochen. Auf der einen Seite gebe es keine Mehrausgaben für eine gute Lehre oder für die Sozialstruktur der Studierenden, auf der anderen Seite stelle der Innovationsfonds und die Förderung von Innovation in Technologiefeldern eine Riesen-Blackbox dar, bei der nicht transparent werde, wie die Mittel zur Kofinanzierung der Ziel-II-Programme verwendet würden bzw. ob sie überhaupt abgeflossen seien.

Es würden große Summen fließen. Für den Haushaltsgesetzgeber – es gehe darum, den Menschen Klarheit und Transparenz im Haushalt darzulegen – sei das überhaupt nicht möglich. Vor diesem Hintergrund bitte sie die Landesregierung, das besser aufzuschlüsseln. Sie bitte um einen Begleitbericht für den Innovationsfonds 2008 – der Ist-Stand betrage 39 Millionen €. Sie wüsste gerne, was im Detail finanziert worden sei, auch für 2009. Bis zum 30.09. seien 20,2 Millionen € geflossen. Sie wüsste gerne, wie die Kofinanzierung der Ziel-II-Mittel an der Stelle genau aussehe. Bei diesen großen Summen wisse man nicht, was finanziert worden sei, wo möglicherweise quersubventioniert worden sei, ob irgendetwas in andere Haushaltstitel geflossen sei. Das könne sie nicht nach außen vertreten. Sie bitte um eine klare Übersicht. Sie fordere Transparenz ein.

Der Schwerpunkt bei der Lehre sei der wichtigste Punkt. Auch da müsse man der landespolitischen Verantwortung gerecht werden. Zu den Stipendien merke sie an: Das sei eine Sache der Sichtweise. Sicherlich müsse man anfangen. Anfangs habe es geheißen, dass man bis 2012 10 % erreichen wolle. Mit 1.400 Stipendien erreiche man 0,3 %. Wenn man das hochrechne, werde man nie auf diese Zahlen kommen. Das seien keine Sonnenblumen, sondern eher ein paar kleine Orchideen, die da wachsen würden.

Ralf Witzel (FDP) legt dar, vor viereinhalb Jahren habe man in Nordrhein-Westfalen die Situation gehabt, dass Bildungschancen und soziale Herkunft in engstem Zusammenhang gestanden hätten. Um sich bereits im schulischen Bereich um mehr Chancengerechtigkeit zu bemühen, habe die neue Landesregierung eine Reihe von Maßnahmen auf den Weg gebracht – Sprachstandsfeststellung, Sprachförderung –, weil dieser Zusammenhang nicht hingenommen werden könne. Es sei beschämend, dass im größten Bundesland, das sich gerne als das soziale Gewissen der Republik inszeniert habe, Bildungschancen und soziale Herkunft so eng zusammenhängen wie in keinem anderen Bundesland in Deutschland.

Es sei gefragt worden, was bereits im Bereich Schule und Hochschule unter sozialen Kriterien das gerechteste Auswahlkriterium sei. Es stünden vielleicht noch nicht in großer Anzahl für all diejenigen Stipendien zur Verfügung, für die das wünschenswert wäre. Da müsse man fragen, nach welchen Kriterien vorgegangen werde. Nichts sei sozial gerechter, als wenn Leistung und Begabung Maßstab für die Zuteilung von Ressourcen sei und nicht die soziale Herkunft. Die Anstrengungsbereitschaft des Einzelnen, der Einsatzes der jungen Menschen sollten das entscheidende Kriterium sein. Wenn man das unabhängig von der Vermögenssituation des Elternhauses in den Vordergrund stelle, könne man sehr viel erreichen. Niemand habe gesagt, man brauche Ergebnisgleichheit. Das gehe auch nicht, weil Menschen unterschiedlich begabt und leistungsbereit seien. Aus dem Gesichtspunkt der sozialen Gerechtigkeit sei es aber sinnvoll, auf Leistung, Begabung, Eignung zu schauen, wenn man zusätzliche Förderressourcen vererbe.

Die Studentenwerke seien angesprochen worden. Es gebe bewusst eine Ausweitung der Studienkapazitäten. Wenn man sich die Bilanzen der Studentenwerke anschauere, sehe man, dass bestimmte Dinge im Bereich Fixkosten lägen. Eine reine Proportionalisierung von Studienanfängerzahlen und Studentenwerkshaushalten sei nicht sachgerecht. Das sehe man auch im Vergleich unterschiedlicher Hochschulstandorte mit unterschiedlichen Losgrößen.

Er widerspreche ausdrücklich der Behauptung, dass für Studentenwerke und ihre Einrichtungen in dieser Legislaturperiode nichts getan worden wäre. Beim Konjunkturpaket seien über 80 % der Mittel an die Kommunen weitergegeben worden. Ein zentraler Investitionsbereich sei weiter in der Landesdisposition geblieben. Mittel des Konjunkturpaketes seien gezielt in den Bereich Wissenschaft geflossen, auch um in Studentenwerken Investitionen tätigen zu können. In den letzten Wochen und Monaten hätten sie die Bewilligungsbescheide bekommen. An vielen Hochschulstandorten in diesem Land würden mit Millionen Euros Gebäude saniert, Gebäude instandgesetzt. Es gehe um zukünftige Kostenersparnisse durch energetische Erneuerung. All das sei auf den Weg gebracht worden mit einem riesigen Millionen-Paket. Das habe die Mehrzahl der Studentenwerke in Nordrhein-Westfalen positiv in der Mittelbewirtschaftung beeinflusst. Entgegen dem sonstigen grundsätzlichen Ansatz, den Kommunen deutschlandweit die größtmögliche Dispositionsfreiheit zu geben, habe man diesen Bereich gezielt stärken wollen. Es gehöre mit in die Betrachtung zu gucken, welche großen Zahlungsströme an die Studentenwerke geflossen seien. Das sei nicht wie in früheren Jahren aus Verpflichtungsermächtigungen aus dem Einzelplan etatisiert gewesen. Entscheidend sei die politische Zielrichtung, wie der Landtag eine

politische Leitentscheidung treffe, auch wenn man deshalb intelligenterweise zur Finanzierung auch andere zur Verfügung stehende öffentliche Ressourcen des Haushalts bemühe. Er rate davon ab, den Aspekt finanzielle Ausstattung der Studentenwerke und Studentenwohnheime anzusprechen. Sie hätten einen großen Mittelzufluss im laufenden Haushalt erhalten, was auch für das kommende Jahr gelte.

Heike Gebhard (SPD) meint, wenn man über soziale Gerechtigkeit und gleichzeitig von Minderbegabten spreche, dann sollte man sehr vorsichtig sein.

Sie erinnere daran, dass in der Regierung Kohl der frühere Bundesbildungs- und Forschungsminister Rüttgers das BAföG eingeschränkt habe. Er habe aktiv dagegen gewirkt, dass es einen sozialen Ausgleich an den Hochschulen gebe. Wenn nun ein Ungleichgewicht bei den Studierenden in Nordrhein-Westfalen da sei, sei das unter anderem diesem Herrn zuzuschreiben. Die Novellen hätten anschließend stattgefunden. Sie seien bitter notwendig gewesen. Dass eine BAföG-Novelle eine solche Wirkung zeitige, schreibe selbst das Ministerium in seiner Antwort auf Seite 13: „Damit kann die durch die 22. BAföG-Novelle eingetretene Steigerung bei den Antragsfallzahlen bewältigt werden.“ Man bestätige damit, dass die Novelle zu höheren Fallzahlen führe. Damit gebe man Menschen, die eine finanzielle Unterstützung notwendig hätten, um ihr Studium zu absolvieren, die Möglichkeit dazu.

Dass das Fördern vorher schon sinnvoll und notwendig sei, sei klar. Damit müsse man in den Kindertagesstätten beginnen. Ob die Maßnahmen, die in dieser Legislaturperiode ergriffen worden seien, die Richtigen seien, müsse in einem anderen Ausschuss diskutiert werden. Das wage sie zu bezweifeln.

Jetzt sei gesagt worden, dass 80 % des Konjunkturpakets an die Kommunen gegeben worden seien. Da sie gleichzeitig im Gesundheitsausschuss sitze, wisse sie sehr genau, dass die Kosten, die das Land an die Krankenhäuser verteilt habe, den Kommunen angelastet würden. Sie lägen nämlich innerhalb dieser 80 %. Man müsse aufpassen, wenn man mit Zahlen operiere. Das könne kontrolliert werden.

Investive Maßnahmen bei den Studentenwerken seien sinnvoll. Es finde die volle Unterstützung ihrer Fraktion, dass diese Mittel dafür verwendet würden. Wenn die Studentenwerke höhere Fallzahlen zu bearbeiten hätten, wenn mehr Wohnraum zu beschaffen sei, dann sei dafür mehr Geld notwendig. Gegebenenfalls brauche man mehr Personal. Auch die Widerspruchsverfahren in Sachen BAföG müssten vor Ort erledigt werden. Infolgedessen sei auch mehr Personaleinsatz erforderlich. Das bekomme man durch Investitionen an anderer Stelle nicht ausgeglichen.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) betont, zu einer ehrlichen Diskussion, was die Studentenwerke und deren Finanzierung angehe, gehöre auch, dass der Haushaltsansatz für die Studentenwerke im Jahre 2006 um 2,5 Millionen € gekürzt worden sei. Von dieser Grundlage gehe sie jetzt aus. Die Systematik sei geändert worden. Die Investitionsmittel seien auf Zuschüsse umgestellt worden. Man könne lediglich Schuldendiensthilfen aufnehmen. Auch das sei eine Verschlechterung, von der die Studentenwerke immer wieder sprächen. Auf der ganzen Linie sei es zu Verschlechterungen gekommen.

Zur Bildungsgerechtigkeit: In den letzten Wochen habe mehrfach in der Presse gestanden, dass es Studien gebe über die Begabtenstipendien, die man bei den großen Stiftungen habe. In der Realität habe sich gezeigt, dass es um reine Elitestipendien gehe. Da blieben Akademikerkinder zu 90 % unter sich. Da frage sie, ob das wirklich etwas mit Bildungsgerechtigkeit zu tun habe, wenn man rein auf den Leistungsgedanken setze, der letztlich dazu führe, dass diejenigen nicht akquiriert würden und an die Hochschulen kämen, die man aus Bildungsgerechtigkeitsgründen eigentlich brauche. Da müsse man etwas anderes machen. Da müsse man in erster Linie die Studiengebühren abschaffen und das BAföG erhöhen. Das wäre der richtige Weg an dieser Stelle.

Der **Minister für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Prof. Dr. Andreas Pinkwart**, hält fest, es sei darüber debattiert worden, was für die Bildungschancen am Start, für die Durchlässigkeit und was für die Förderung von Begabungen und Exzellenz im Bereich der Lehre wie der Forschung getan werde. Es gehe auch um das Thema Stipendiensysteme und die Rückwirkung zum BAföG.

Er freue sich darüber, dass es in dieser Legislaturperiode gelungen sei, die Bemessungsgrenze und die Höhe des BAföG anzupassen. Das habe man gegen den Widerstand des früheren Bundesfinanzministers Steinbrück machen können. Er habe sich in den Gremien dafür eingesetzt, dass das BAföG angepasst werde. Auch Frau Schavan habe das ändern wollen. Man habe ein Jahr lang gebraucht, um den Widerstand bei Herrn Steinbrück zu überwinden. Er habe keine Parteitagsbeschlüsse der SPD dazu gehört, dass der Bundesfinanzminister aufgefordert werde, endlich dem Druck der Länder und der Bundesbildungsministerin nachzugeben. Er kenne auch keinen diesbezüglichen Antrag der SPD im Landtag. Das sei auch auf Druck der Länder, nicht zuletzt des Landes Nordrhein-Westfalen geschehen, und zwar auf der fairen Grundlage des Systems, so wie es vor Jahren hier eingeführt worden sei, und zwar eines überwiegenden Zuschusssystemes mit einem nach oben gedeckelten Darlehen.

Man habe sich bei der Ausgestaltung des Studienbeitragssystems daran ausgerichtet, weil man wisse, dass es auch psychologische Hürden für die Aufnahme eines Studiums gebe. Es sei wiederholt belegt worden. Nach dem Modell habe Rot-Grün damals das BAföG reformiert. Nach dem Modell sei auch die nachgelagerte Finanzierungsoption für den Studienbeitrag organisiert worden, sodass man sicherstellen könne – das sei ihm auch persönlich sehr wichtig –, dass keiner, der die persönlichen Voraussetzungen mitbringe und ein Studium aufnehmen wolle, aufgrund seiner Herkunft und Einkommenssituation seiner Familie daran gehindert werde. Das werde in Nordrhein-Westfalen sichergestellt.

Darüber hinaus müsse man sehen, dass man unabhängig von der Einkommenssituation der Eltern die begabten jungen Leute besser fördern müsse. Frau Dr. Seidl habe die empirische Studie angesprochen, wie die Verteilung bei den Begabungsförderungswerken aussehe, was die Herkunft anbetreffe. Die Begabungsförderungswerke hätten dieserlei Verteilung auch schon hervorgebracht zu Zeiten, als zum Beispiel SPD und Grüne im Bund Regierungsverantwortung getragen hätten und für die

Begabungsförderung Verantwortung getragen hätten. Ein Grund, warum ein hoher Prozentanteil von Akademikerkindern in der Förderung sei, liege darin, dass sich die Begabungsförderungswerke nahezu ausschließlich um die Universitäten und nicht um die Fachhochschulen kümmern würden.

Er finde den Stipendienansatz in Nordrhein-Westfalen so schön, weil man gesagt habe, dass dieses privatstaatliche System gleich verteilt in Universitäten wie den Fachhochschulen angeboten werden solle. Er freue sich sehr darüber, dass alle Fachhochschulen in Nordrhein-Westfalen mitgemacht hätten und dass die Fachhochschulen auch die privaten Mittel hätten einwerben können, sodass ein begabter Fachhochschulstudent die gleiche Wahrscheinlichkeit antreffe in Nordrhein-Westfalen wie ein begabter Universitätsstudierender, jetzt ein Stipendium zu bekommen, unabhängig von der Einkommenssituation seiner Familie, auch mit dem positiven Effekt – man habe dafür rechtliche Anstrengungen unternehmen müssen und Gott sei Dank! einen Weg gefunden –, auch zusätzlich zum BAföG diese Leistung in Anspruch nehmen zu können. Das sei ein Durchbruch im Bereich des Stipendiensystems.

In den Koalitionsvereinbarungen in Berlin sei verankert, dass man diesen Ansatz bundesweit etablieren und eine größere Zahl der Studierenden damit erreichen wolle. Es sei auch festgeschrieben worden, dass man die Begabungsförderungswerke öffnen wolle, dass sie von 80 € Büchergeld – das sei die bisherige deutsche Begabungsförderung – in Richtung 300 € gehen könnten, aber mit der Auflage, dass sie sich in besonderer Weise auch um Fachhochschulstudierende zu kümmern hätten. Da sei die Frage der Durchlässigkeit.

Frau Dr. Seidl sage, man hätte den Aufwuchs bei der Lehre nicht hinbekommen. Wenn man das inklusive der neuen Fachhochschulen sehe, komme man auf einen Anstieg von 5,3 %. Gerade der Aufwuchs der Fachhochschulen sei das Stichwort der sozialen Mobilität. Darüber habe man wiederholt hier diskutiert. Es sei ähnlich wie bei der Begabungsförderung. In den letzten Jahren seien die Fachhochschulen aus dem Blick geraten, obgleich Nordrhein-Westfalen einen so hohen Anteil von Fachhochschulzugangsberechtigten habe, die man nicht entsprechend versorgt habe. Manche seien ausgewichen. Man wisse, wie viele in den Niederlanden mit deutlich höheren Studienbeiträgen studieren würden. Eine wachsende Zahl würde an privaten Hochschulen studieren. Er habe das nicht zu bewerten. Die Anzahl wachse nicht zuletzt deshalb, weil die NCs an den staatlichen Fachhochschulen so hoch seien, dass junge Menschen ausweichen würden. Deswegen investiere man in neue Fachhochschulen.

Wenn man dann einen Aufwuchs habe und gleichzeitig sage, das könne man nicht gelten lassen, dann verstehe er das nicht, weil Fachhochschulen neben der anwendungsbezogenen Forschung, die sie auch leisteten, ganz primär in der Lehre aktiv seien. Er wolle das für die Politik von Schwarz-Gelb verbuchen, gerade unter dem Gesichtspunkt, die Begabungspotenziale des Landes in der Breite wie in der Spitze anzuheben. Das müsse man auch tun für die Wissenschaft und Forschung, aber auch für die innovativen Unternehmen, um die qualifizierten Nachwuchskräfte hervorzubringen, die man in den nächsten Jahren dringend brauchen werde, auch wenn

man bei Innovation insgesamt weiter vorankommen wolle. Man habe noch nicht die Zahlen erreicht, die man sich im Ziel für 2015 vorgenommen habe. Aber es gebe einen positiven Trend. Ende des Jahres werde man die Zahlen aus dem Jahre 2007 haben. Schon die Zahlen aus dem Jahre 2006 würden einen positiven Trend aufzeigen, wenngleich auf niedrigem Niveau. Das räume er gerne ein. Er sei zuversichtlich, dass man auch mit den neueren Zahlen zeigen könne, dass man eine positive Entwicklung in Nordrhein-Westfalen habe und dass man mit all den Investitionen, die man zusätzlich tätigen könne, in den nächsten Jahren einen deutlichen Anstieg erreichen werde.

Zu den Mittelabflüssen: Natürlich sei es so, dass Programme erst einmal umgesetzt werden müssten. Wenn man Mittel bereitstelle, könne man nicht erwarten, dass die Mittel sofort abflössen. Sie müssten auf den Weg gebracht werden. Man müsse die rechtlichen Vorgaben auch einhalten. Ein solches System müsse sich erst einmal einschwingen. Wenn man es einigermaßen seriös machen wolle, lasse sich das nicht vermeiden. Man habe aber deutlich mehr Mittel. Sie fänden ihre Konkretion in sehr guten Projekten, in neuen Institutionen und Einrichtungen.

Wenn dann gesagt werde, es gebe eine Blackbox, dann könne er zusätzliche Angaben dazu machen. Die Mittel seien in Wettbewerbe eingestellt worden. Es gebe eine Jury, die unter Vorsitz von Herrn Riesenhuber arbeite, etwa im Bereich des Hightech-Wettbewerbs, in dem es um große Projekte gehe. Das mache man nicht im Ministerium, das machten unabhängige Experten. Die Projekte seien veröffentlicht worden. Zu den anderen Schwerpunktfeldern – Biotechnologie, Energieforschung usw. – seien Wettbewerbe durchgeführt haben. Einzelne Projekte seien von den Jurien entschieden worden. Das würde er gerne einmal darstellen.

Jetzt sei es offensichtlich auch in der Bundesregierung zu einer Konzentration der Hightech-Strategie gekommen. Es handele sich im Übrigen um Schwerpunkte, die sich mit den hiesigen Schwerpunkten spiegelten.

(Ewald Groth [GRÜNE] übernimmt den Vorsitz.)

Er hoffe, dass sich die Vorarbeiten, die geleistet worden seien, auch in den nächsten Jahren positiv auswirken würden, weil man dann die Hebelwirkungen der Landesprogramme mit dem Bundes- und Europaprogramm noch wirksamer machen könne. Wenn er die DFG-Erfolgsrate sehe – in der schriftlichen Anfrage sei nach dem Königsteiner Schlüssel gefragt worden –, wenn er sehe, wie sich die DFG-Projekte der Hochschulen entwickelt hätten, dann stelle er fest, dass die Hochschulen sehr erfolgreich in der wettbewerblichen Einwerbung von Forschungsdrittmitteln gewesen seien, die Bund-Länder-finanziert seien. Die nordrhein-westfälischen Hochschulen hätten deutlich aufholen können. Es sei für ihn ein gutes Zeichen, dass man auch die zusätzlichen Mittel und Schwerpunktbildungen und Freiheiten nutze, um ein gutes Stück voranzukommen. Insofern sei man auf einem guten Weg.

Zu den Studentenwerken: Man sei im engen Gespräch mit den Studentenwerken. Wenn man nach den Gesprächen mit Blick auf die neuen Fachhochschulen und die steigenden Studienanfängerzahlen den Eindruck hätte, dass man Zusätzliches im Haushalt tun müsste, hätte man das hier getan, trotz aller Sparnotwendigkeiten. Es

gebe einen Aufwuchs in nahezu allen Bereichen. Er könne dem Finanzminister gegenüber nur verantworten, die Haushaltspositionen auch aufzustocken, die tatsächlich benötigt würden. Man habe bei den Studentenwerken durch die Maßnahmen im Konjunkturpaket folgende zahlenmäßige Situation: Es kämen 120 Millionen € an die Studentenwerke für die Modernisierung energetischer Sanierung ihrer Wohnheime. Wenn man einen Prozentanteil von 5 % nehme, die dadurch an Bewirtschaftungskosten in den nächsten Jahren eingespart werden könnten, dann sei man eher am unteren Rand beim Zustand der Gebäude, die man hier sanieren dürfe. Dann habe man alleine einen Bewirtschaftungsvorteil von 6 Millionen € jährlich, der sich bei den Studentenwerken einstellen werde. Damit erkenne man, dass man deren Haushaltslage mit im Blick habe, dass man auch wolle, dass sie Effizienzgewinne nutzen könnten, um die Arbeit ordentlich zu erfüllen.

Er würde dem Parlament guten Gewissens nur vorschlagen, Haushaltspositionen anzuheben, wenn er den Eindruck hätte, dass etwa bei den Fachhochschulen die Studierendenzahlen so weit gestiegen seien, dass auch zusätzliche Mittel erforderlich seien. Dann würde er das sicherlich gerne vorschlagen.

Heike Gebhard (SPD) kommt auf die Themen Stipendium und BAföG zurück. In der Stellungnahme von Frau Professorin Wintermantel, der Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz, werde deutlich, dass sie enttäuscht sei. Man habe eine Erhöhung beim BAföG gefordert, damit mehr Studierende in den Genuss kämen. Das sei leider nicht der Fall. Dem brauche sie nichts hinzuzufügen.

Sie habe noch zwei konkrete Fragen, die eine betreffe den Strukturfonds. Ihre Fraktion habe gefragt, ob der Strukturfonds aus Sicht der Landesregierung auch nach Wegfall des Qualitätspakts weitergeführt werden solle. In der Antwort heiße es, dass das dem nächsten Landtag vorbehalten sei. Sie wüsste aber gerne, welche Vorstellung der Minister für diesen Bereich habe.

Die nächste Frage betreffe den Bereich der Gleichstellung. Sie habe mit Freude zur Kenntnis genommen, dass der Minister das Netzwerk Frauenforschung sehr positiv herausstelle. Sie denke auch, dass das Netzwerk Frauenforschung gute Arbeit leiste und für die Weiterentwicklung dieses Themas unverzichtbar sei. Die Koordinierung des Netzwerkes sollte nicht Sache einer einzigen Hochschule sein. Bei einem so großen Haushalt müsste es möglich sein, eine Stelle zu finanzieren. Einer Hochschule, die sich bereitkläre, Personal einzustellen, werde die Aufgabe gegeben, alle Hochschulen anzuschreiben und zu bitten, dass sie ein paar Euro herüberschicken würden. Diese individuellen Auseinandersetzungen stellten einen großen Bürokratieaufwand dar. Das stehe in keinem Verhältnis zu dem, was dabei herauskommen solle.

Dr. Ruth Seidl (GRÜNE) bittet um eine schriftliche Darlegung, was in den Jahren 2008 und 2009 tatsächlich an Projekten stattgefunden habe, was kofinanziert worden sei und wie viele Mittel tatsächlich abgeflossen sei. Sie bitte um eine konkrete Auflistung dieser beiden Titel, Innovationsfonds und TIP.

Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart erwidert, das Ministerium bemühe sich, das vorzulegen. Was das Frauennetzwerk angehe, so habe man autonome Hochschulen. Mit ihren globalen Budgets erzielten sie nicht unerhebliche Effizienzgewinne. Damit könnten sie die Aufgaben, die sie bekommen hätten, eigenverantwortlich ausfüllen. Dazu hätten sie sich auch bereiterklärt. Wenn sich vom Land finanzierte Körperschaften selbst bereiterklärten, etwas zu tun, dann sollte man sie es auch tun lassen und das kostbare Geld, das zur Verfügung stehe, für andere Dinge bereitstellen.

Wenn man den Eindruck hätte, dass die Hochschule ihrer Zusage nicht nachkäme, wenn da irgendetwas nicht funktioniere, dann sähe man sich veranlasst, in der einen oder anderen Richtung zu handeln, jedenfalls dafür zu sorgen, dass die Aufgabe wahrgenommen werde. Wenn die Hochschulen das in eigener Verantwortung machten, dann könne er sich nur dafür bedanken und sagen, sie hielten sich offensichtlich an ihre Zusage, dass ihre Freiheit nur mit Verantwortung zur Aufgabenwahrnehmung einhergehe. Man sollte das den Hochschulen insoweit überlassen. Das wäre jedenfalls sein Ansatz.

Beim Strukturfonds sei es so, dass man sicherlich im nächsten Jahr darüber reden werde, wie sich das weitergestalten solle. Der Strukturfonds laufe bis 2010. Das sei der Zeitraum der nächsten Legislaturperiode. Man binde im erheblichen Umfang die nächste Legislaturperiode durch die drei Pakte, die vor dem Bund auch in die mittelfristige Finanzplanung hineingeschrieben worden sei, was keine Selbstverständlichkeit sei. Man habe das in Berlin erst jetzt durch die Koalitionsverhandlungen erreicht. Sie seien vorher nicht im Haushalt abgesichert gewesen – im Gegenteil. Bis 2013 habe Minister Steinbrück noch eine globale Minderausgabe von 2,5 Milliarden € in die Haushaltsplanung hineingeschrieben. Das habe man hier nicht gemacht. Man habe die drei Pakte für die Folgejahre mit in die Finanzplanung einbezogen. Das sei ein weiter Vorgriff. Das andere müsse im Jahre 2010 für die Folgejahre entschieden werden. Da werde man auch zu berücksichtigen haben, wo dann die Schwerpunkte gesetzt werden sollten und inwieweit die Hochschulen ihrerseits Schwerpunkte mit ihrer Arbeit setzen wollten.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU) kommt auf den Punkt Zentren für Lehrerausbildung zu sprechen – vgl. Vorlage 14/2924, Seite 9. In der Antwort auf die Frage „Wie verteilen sich die Mittel für die Zentren für Lehrerbildung auf die einzelnen Hochschulen bzw. die Fachdidaktiken?“ heiße es: Im Endausbau ist dann eine gleichmäßige Verteilung der Mittel auf die Zentren für Lehrerbildung und die Fachdidaktiken vorgesehen. Er frage, ob das sowohl für den investiven Haushalt als auch für den konsumtiven Haushalt gelte oder ob das noch nicht entschieden sei.

Ministerialdirigent Helmut Mattonet (Ministerium für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie) antwortet, wenn man in den Haushalt schaue, sehe man, dass die Mittel als gegenseitig deckungsfähig erklärt worden seien. Diese gegenseitige Deckungsfähigkeit beziehe sich auch auf die VE, sodass die Verteilung investiv-konsumtiv im Moment nicht in Stein gemeißelt sei.

Vorsitzender Ewald Groth macht darauf aufmerksam, dass eine abschließende Befassung über den Haushalt 2010 am 12. November 2009 vorgesehen sei. Die Fraktionen müssten ihre Änderungsanträge bis zum 11. November 2009, 13 Uhr, dem Ausschussesekretariat zustellen, damit eine Tischvorlage erstellt werden könne.